Morgen-Ausgabe
No. 119. — 57. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Freitag, 12. März 1909

Ins Havelland.

Dieser hartnäckige Winter beginnt uns Mißvergnügen zu bereiten. Wir haben seine Freuden zur Genüge genossen und sehnen uns nach Sonnenschein und Frühlingsluft. Auch der Wanderer möchte auf seinen Wegen die ersten Zeichen des Lenzes sehen, aber damit ist es noch schlecht bestellt. Noch haben wir draußen eine vollkommene Winterlandschaft, und dazu der scharfe Ost — das wirkt wenig verlockend. Aber immerhin wollen wir am Sonntag einen Ausflug versuchen, und wenn wir Glück haben, kommt vielleicht die Sonne hervor und gießt uns Frühlingsahnen in den Adern. Der Vorsicht halber wählen wir einen Weg, der vornehmlich nach Westen gerichtet ist, damit wir den bösen Ostwind im Rücken haben.

Ausgangspunkt für die Tour, die vornehmlich durch Forsten führt, ist Seegefeld an der Hamburger Bahn, Endpunkt das märkische Städchen Nauen. Die Station Seegefeld erreichen wir mit dem Vorortzuge vom Lehrter Bahnhof; wer über die Stadtbahn fährt, muß in Spandau in diesen Zug umsteigen. Nördlich der Station liegt das stattliche Dorf Seegefeld mit seiner alten, aus dem 14. Jahrhundert stammenden Kirche und Gutshof. Ein schmales Wiesental trennt Seegefeld von dem Schwesterdorfe Falkenhagen, dessen ebenfalls alte Kirche sich durch malerische Lage auszeichnet. Vom Westausgang dieses Dorfes (eine halbe Stunde vom Bahnhof) führt uns die Chaussee in nordwestlicher Richtung durch die Bauernheide in einer Stunde nach dem alten Finkenkrug. Weiter geht es nordwestlich immer am Rande des Brieselang entlang; nach rechts haben wir einen Blick über die Falkenhagener Wiesen bis zu dem dahinter sich ausdehnenden Walde. Wieder nach einer Stunde haben wir Vorwerk und Remontedepot Brieselang erreicht. Unmittelbar dahinter überschreiten wir den Neuen Graben und kommen gleich links auf breiter, durch die schöne Nauener Stadtheide führender Waldchaussee in einer halben Stunde zur Pernewitzer Chaussee, die uns in nahezu westlicher Richtung über die Kleinbahn Velten—Nauen in einer Stunde zum Nauener Stadtdamm bringt, den wir beim Restaurant Weinberg betreten. Nach Süden leitet uns dieser Damm in einer guten halben Stunde zum Bahnhof Nauen, von dem wir die Rückfahrt nach Berlin antreten.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

51. Sitzung vom 11. März.
(Schluß.)

Das Haus tritt in die dritte Lesung der Vorlage wegen

Abänderung der Einkommen- und Ergänzungssteuer

ein. In der allgemeinen Besprechung wendet sich

Abg. **vom Rath** (natl.)

gegen frühere Ausführungen des Abg. v. Hennings-Techlin gegen einen von ihm veröffentlichten Artikel.

Abg. **Heimann** (soz.):

Wir haben es freudig begrüßt, als die Regierung die Einkommen unter 7000 Mark von den Steuerzuschlägen freiließ. Nun ist der Finanzminister unter dem Einfluß der Rechten aus einem Saulus ein Paulus geworden. Einem Mann mit 12 Mark Einkommen werde es schwerer, 60 Pfennig an Steuer aufzubringen, als einem Mann mit 10,000 Mark ein Steuermehr von 30 Mark. Der Redner bespricht dann die Behandlung Adolf Wagners auf der Tagung der Steuer- und Wirtschaftsreform und erklärt, in einer Arbeiterversammlung hätte Wagner vielleicht auch niemanden überzeugt, aber er wäre in jedem Falle mit der schuldigen Achtung behandelt worden. Das Nationalvermögen wachse schnell, befinde sich aber nur in den Händen weniger Zehntausende.

Abg. Graf **v. d. Groeben** (kons.)

wendet sich gegen den Abg. vom Rath. Wenn dieser mit der Wirkung seines Artikels zufrieden sei, so seien es die Konservativen noch mehr.

Minister Freiherr **v. Rheinbaben**:

Wenn die großen Vermögen zugenommen haben, so ist das doch wahrhaftig ein erfreulicher Zustand. Es wäre erst unerfreulich, wenn die Zunahme der kleinen Vermögen damit nicht Hand in Hand ginge. Das ist aber durchaus der Fall. Der Minister wendet sich dann zu dem neulichen Zeitungsartikel des Professors Hans Delbrück, worin behauptet war, daß 66 Milliarden der Besteuerung entzogen würden, und daß die Landräte in bewußter Weise an dieser mangelhaften Heranziehung mitarbeiteten. Nicht alles Nationalbarvermögen sei auch Vermögen im Sinne der Ergänzungssteuer, so nicht das im Ausland untergebrachte, und ebenso das Vermögen, das in Hausgeräten angelegt ist und allein auf etwa 20 Milliarden zu schätzen sei. Ferner werde auch der Besitz unter 6000 Mark freigelassen. Von dem angeblichen Fehlbetrag von 66 Milliarden erklären sich etwa 60 Milliarden auf diese Weise. Er habe sich aber nie verhehlt, daß wir bei der Ermittelung des Einkommens wie des Vermögens durchaus noch nicht zu einem Zustande der Vollendung gekommen sind. Viele Leute zahlen noch nicht das, was sie müßten. (Lebhaftes Sehr richtig!) Bestritten müsse jedoch werden, daß die Landräte an den Hinterziehungen mitschuldig seien. Einen solchen Vorwurf gegen die Landräte weise er wiederholt mit Entschiedenheit zurück. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Dr. Pachnicke** (freis. Vg.):

Die Sozialdemokraten bemänteln ihre unverständige ablehnende Haltung gegenüber dem Gesetz mit nur sehr fadenscheinigen Vorwänden. Sie übertreiben unerhört, wenn sie die Mehrbelastung des Arbeiters mit 15 Pfennig vierteljährlicher Steuer eine Gefahr für den Arbeiterstand nennen. Der Freisinn hat dem Steuerkompromiß nur zugestimmt, weil es ein Provisorium ist und also keinen dauernden Verzicht auf die Geltendmachung unserer Steueranschauungen zumutet. An der Nachlaßsteuer halten wir unter allen Umständen für die Zukunft fest.

Abg. **Hirsch**-Berlin (soz.):

Die Angriffe des Vorredners auf uns sind unbegründet. Der Freisinn tut jetzt den ersten Schritt auf schiefer Ebene und wird später unbedenklich den zweiten tun.

Abg. Dr. **Pachnicke** (fr. Vg.)

hält seine Kritik der sozialdemokratischen Taktik aufrecht. Mit ihrem ewigen Neinsagen mache die Sozialdemokratie sich selbst einflußlos. Sie bewilligt zwar neue Ausgaben, aber nicht die Deckung dafür. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.):

Die Belastung der Arbeiter durch die Gewerkschaftsbeiträge ist viel größer als die durch diese Vorlage. Die starke Vermögensvermehrung bei uns ist mir erfreulich, auch der sozialdemokratische Zukunftsstaat könnte nicht ohne Kapitalsbildung auskommen. Die unteren Volksklassen müssen an den Volkslasten mittragen helfen, natürlich im Verhältnis ihrer Leistungsfähigkeit. Unser Steuersystem ist, vom Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit betrachtet, glänzend gegenüber denen aller anderen Länder. Den Sozialdemokraten kommt es bei ihren Reden auf die innere Wahrheit nicht an, sie wollen nur ein Agitationsmittel haben. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Die Besprechung schließt. Persönlich bemerkt

Abg. **Hirsch** (soz.):

Die Vorwürfe der Abgg. Dr. Pachnicke und Dr. Friedberg gegenüber seinen Freunden seien ungerechtfertigt.

Das Gesetz wird darauf den Kommissionsbeschlüssen gemäß genehmigt. Es folgt die dritte Lesung des

Mantelgesetzes.

In der allgemeinen Besprechung erörtert

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (freik.)

die gesamte Steuerpolitik Preußens, empfiehlt den Gemeinden dringend die Wertzuwachssteuer und tritt für eine Reorganisation der Veranlagungsbehörden ein. Die Annahme dieser Vorlage sei ein gutes Omen für das künftige Gelingen der großen preußischen Steuerreform. (Lebhafter Beifall).

Die allgemeine Besprechung schließt. In der Einzelberatung nimmt niemand das Wort. Das Mantelgesetz wird genehmigt.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über die

Gebühren der Medizinalbeamten.

Abg. **v. d. Osten** (kons.):

Die Differenzierung zwischen den voll und den nicht voll besoldeten Kreisärzten muß auch in Zukunft bestehen bleiben. Von einer Schädigung der Kreisärzte durch die Kommissionsbeschlüsse kann nicht die Rede sein.

Die Abgg. **Gerhardus** (Ztr.) und Dr. **Dumrath** (natl.) treten ebenfalls für die Kommissionsbeschlüsse ein.

Abg. Dr. **Heisig** (Ztr.)

beantragt im Interesse der ärmeren Bevölkerung eine Herabsetzung der Tarife in der Richtung, daß an Stelle der Einzelsätze eine Spannung gelassen wird. Die Mindestsätze sollen im allgemeinen 50 Pfennig betragen. Die Höchstsätze sollen die Einheitssätze der Kommissionsbeschlüsse bilden.

Abg. **Rosenow** (fr. Vp.)

erklärt, daß seine Fraktion die Vorlage ablehnen werde, da die Kommissionsbeschlüsse die berechtigten Wünsche der Kreisärzte nicht befriedigen. Er bitte die Vertreter der Kommissionsbeschlüsse doch einmal einen zufriedenen Kreisarzt auf den Tisch des Hauses niederzulegen. (Heiterkeit.) Selbst die „Deutsche Tageszeitung" habe Zuschriften von Kreisärzten erhalten, die mit dem Tarif durchaus nicht einverstanden seien. Nötig sei es insbesondere auch, daß die Gebühren für die frei praktizierenden Ärzte erhöht würden. Diese Ärzte hätten von der Vorlage keinerlei Vorteil, da sie kein Gehalt bekämen und auch nicht pensionsfähig seien. Es müsse ein Fonds geschaffen werden, aus dem die frei praktizierenden Ärzte Entschädigungen erhielten, wenn sie sich nach Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit Verletzungen zuziehen.

Ministerialdirektor **Förster**

betont die weitgehenden beruflichen Verpflichtungen der voll besoldeten im Gegensatz zu den nicht voll besoldeten Kreisärzten.

Abg. **Duus** (fr. Vp.)

bedauert die in der Vorlage liegende starke Benachteiligung der Chemiker.

Abg. **v. Bonin**-Legende-Stormer (freik.)

empfiehlt die Vorlage in der Kommissionsfassung.

Abg. **Weißermel** (kons.)

meint, daß die Regierung mit dem Entwurf nicht nur das Weh, sondern auch das Wohl der Bevölkerung im Auge gehabt habe. Der Entwurf zeuge von Wohlwollen für die Kreisärzte, und auch die Chemiker seien nicht benachteiligt.

Ein Schlußantrag beendet die allgemeine Aussprache. Die §§ 1 bis 7 werden angenommen.

Bei § 8 begründet

Abg. Dr. **Heisig** (Ztr.)

einen Antrag auf Herabsetzung einzelner Gebühren.

Der Paragraph wird aber in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Das Haus vertagt sich. Freitag 11 Uhr: Landarmenverband Helgoland, Gestütsetat (Fortsetzung), Domänen und Forsten.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom 11. März.

Der Vorsteherstellvertreter **Cassel** eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr.

Der neugewählte Stadtv. Dr. **Knauer** wird in üblicher Weise eingeführt und verpflichtet. In seiner Begrüßungsansprache weist der Vorsteherstellvertreter Cassel auf die Aufgaben der Versammlung hin und führt dabei aus: Obwohl wir in dieser Versammlung uns nach bestem Wissen und Können bemühen, dem Wohl der Stadt zu dienen, obwohl unsere Bürger weit über das Verhältnis ihrer Zahl hinaus zu den Lasten des Staates beitragen, obwohl die Bürger immerdar Verständnis gezeigt haben für die Pflicht, in Notfällen das Elend zu mildern, und oft ihren Edelsinn betätigen, sehen wir seit einer Reihe von Jahren, wie Neid und übelwollende Mißgunst uns entgegengetragen werden. Selbst an solchen Stellen, die berufen sein sollten, auch unsere Interessen zu hegen und zu pflegen, werden uns trotz aller äußeren Anerkennung Hemmnisse bereitet, so daß wir oft die vitalsten Interessen der Stadt dadurch erschwert sehen. Um so mehr müssen wir mit allen Kräften bestrebt sein, ungeachtet aller Widerstände unsere Stadt in kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung auf eine immer höhere Stufe zu erheben. Unser einziger wahrer Lohn für unsere Wirksamkeit kann nur in dem Bewußtsein treu erfüllter Pflicht und in dem Vertrauen unserer Mitbürger bestehen.

Der Fall Holtz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt **Stadtschulrat Dr. Michaelis** folgende Erklärung ab;

Herr Hoffmann hat in der vorigen Sitzung auf Vorkommnisse im bürgerkundlichen Unterricht der Pflichtfortbildungsschule hingewiesen, die in der Tat geeignet waren, Aufsehen zu erregen. Er hat ein Heft vorgelegt, in dem sich von Schülerhand die Sätze befinden: „Die Verwaltung der Stadt Berlin ist die denkbar schlechteste. Den Grund haben wir darin zu suchen, daß in der Stadtverordnetenversammlung meist Vaterlandsverräter sitzen, die die Antisemiten nicht zum Wort kommen lassen." Herr Hoffmann hatte darauf hingewiesen, daß diese Arbeit das Prädikat „fast gut" von dem Lehrer erhalten hat. Ich habe mich veranlaßt gesehen die Sache zu untersuchen, und dabei ist folgendes ermittelt worden: Das Heft, das hier vorgelegt worden ist, rührt von einem Schüler her, der Ostern vorigen Jahres die Pflichtfortbildungsschule verlassen hat. Der Lehrer hat das Prädikat „fast gut" darunter geschrieben. (Hört!) An dieser Tatsache ist nichts zu ändern. Der Lehrer hat auf die Anfrage seines Direktors angegeben, daß er eine Unterweisung der Schüler, die diesen Worten entspricht, nicht gegeben, sondern den Unterricht vielmehr in rein sachlicher Weise erteilt habe und den Schülern auseinandergesetzt habe, daß die Städte seit der Steinschen Städteordnung die Selbstverwaltung besitzen. Die Vergleichung einer ganzen Reihe von Arbeiten benachbarter Schüler bestätigte diese Angabe des Lehrers, denn bei allen anderen ist der Anfang der Arbeit rein sachlich gehalten. Einer der Mitschüler des betreffenden Schülers hat angegeben, daß der Schüler, während er die Arbeit anfertigte, erklärt hat, jetzt wolle er mal etwas ganz anderes schreiben, als der Lehrer gesagt habe, um zu prüfen, ob der Lehrer es herauskorrigieren würde. Der Lehrer hat die Sätze unkorrigiert gelassen und darunter geschrieben „fast gut"! Der Lehrer hat seinen Schülern gegenüber niemals irgendeine Parteilichkeit bewiesen. Gerade die, gegen die sie sich hätte richten können, bekunden, daß er sie ebenso wie alle anderen Schüler behandelt hat. Aber es bleibt die Tatsache bestehen, daß er eine solche Arbeit „fast gut!" genannt hat, und er gibt an, er hätte die Arbeit wohl nur auf Orthographie durchsehen. Die Vergleichung aller anderen Korrekturen ergibt, daß die Korrekturen fast durchweg sich auf den Inhalt beziehen. Wir sind in der Deputation der Ansicht, daß der Lehrer in diesem Verfahren einen solchen **Defekt in seinem pädagogischen Wissen und Können** gezeigt hat, daß wir ihn nicht für geeignet erachten, weiter in einer Fortbildungsschule zu unterrichten, wo wir Männer brauchen, die die Schwierigkeit der Aufgabe verstehen und sich diesen Aufgaben entsprechend auch verhalten. Außerhalb des Unterrichts hat der Lehrer versucht, in die Schüler durch Vereinstätigkeit parteipolitische Tendenzen hineinzutragen. Das bestärkt uns in der Meinung, daß er nicht der Mann ist, dem wir im Fortbildungsschulwesen weiter den Unterricht anvertrauen können. Die Unterrichtstätigkeit dieses Lehrers in der Pflichtfortbildungsschule wird bald ihr Ende gefunden haben.

Auf der Tagesordnung stehen

Berichte des Etatsausschusses.

Eine Reihe von Etats werden unverändert nach den Vorschlägen des Magistrats festgestellt. Berichterstatter ist Stadtv. **Barth** (a. L.)

Beim Etat der Badeanstalten regt Stadtv. **Salinger** (a. L.) die baldige Errichtung einer Volksbadeanstalt im Osten an.

Beim Etat der Städtischen Zentrale Buch bringen die Stadtvv. **Schulz** II (soz.) und **Hertzberg** (fr. Vr.) verschiedene technische Mängel des Betriebes zur Sprache. Stadtv. Hertzberg befürwortet die Errichtung eines besonderen Betriebsamtes mit einem Direktor an der Spitze zur Beaufsichtigung der städtischen technischen Betriebe.

Oberbürgermeister Kirschner hält es nicht für zweckmäßig, an die Spitze des vom Vorredner angegeben Betriebsamtes einen Beamten zu setzen, der unmittelbar in die einzelnen städtischen Betriebe eingreifen und Anordnungen treffen könnte. Ein solches Betriebsamt wäre mit einer geordneten Verwaltung nicht vereinbar.

Der Etat wird genehmigt.

Beim Etat des städtischen Untersuchungsamts bringen die Stadtvv. Dr. **Weyl** (soz.), **Wurm** (soz.), Dr. **Kuhlmann** (fr. Vr.) und Dr. **Langerhans** (a. L.) eine Reihe von Wünschen zum Vortrag, die sich auf die zweckmäßigere Gestaltung und umfassendere Ausnutzung des Untersuchungsamts beziehen. Die Anregungen der Redner werden vom Stadtrat **Straßmann** beantwortet. Der Etat selbst wird genehmigt.

Es folgt der Antrag des Stadtv. **Bamberg** und Genossen, schleunigst dem Reichstage das Ersuchen zu unterbreiten, dem Gesetzentwurf betreffend die

Erhöhung der Telephongebühren

die Zustimmung zu versagen.

Stadtv. **Jakobi** (a. L.) nimmt zur Begründung des Antrages das Wort: Selten hat sich der Berliner Bevölkerung eine solche Erregung des Mißmuts bemächtigt, wie anläßlich des Gesetzes betreffend Erhöhung der Telephongebühren. Allerdings war man auch erregt, als das Ortsporto erhöht wurde. Damals haben aber alle Städte an diesem wirtschaftlichen Unglück teilgenommen, während diesmal Berlin allein die höchste Staffel der Erhöhung erreicht. Die Gebühren für den Fernsprechanschluß wurden bei Durchführung des Gesetzentwurfs im Durchschnitt in Berlin um 85 Prozent von 180 auf 334 Mark sich erhöhen. Die Fernsprechteilnehmer in den Vororten kommen verhältnismäßig noch schlechter fort. Hier steigt die Gebühr durchschnittlich von 200 auf 868 Mark. Die Pauschalgebühr hat dazu beigetragen, den Telephonverkehr auf seine jetzige Höhe zu bringen. Wenn die Regierung glaubt, durch die Gebührenerhöhung hohe Mehreinnahmen zu erzielen, so wird sie sich darin ebenso täuschen, wie sie sich bei der Einführung der Fahrkartensteuer über deren Wirkungen getäuscht hat. Auch die Erhöhung des Postkartenportos von 2 auf 5 Pfennig hat das Gegenteil der erhofften Wirkung gehabt. Jetzt will man mit dem Telephon in derselben Weise vorgehen, und das nennt man heutzutage „moderne Verkehrspolitik". Berlin, das zwei Fünftel der Gesamtsteuern des Staates aufbringt, wird hier in einer Weise von der Reichspostverwaltung behandelt, die durchaus unangebracht erscheint. Es kommt auch hierbei wieder die ganze Wut gegen den sogenannten „Wasserkopf" zum Ausdruck. Die Stadt Berlin hat deshalb ein dringendes Interesse daran, daß der Reichstag der vorgeschlagenen Telephonverteuerung seine Zustimmung versagt.

Stadtv. **Singer** (soz.): Meine Freunde werden für den Antrag stimmen. Ich möchte die Frage nicht nur vom Berliner Standpunkt auffassen. Andere Städte, ja Handel und Industrie im allgemeinen stehen hier vor einer Vorlage, die auf ihre Entwickelung äußerst bedrohlich einwirken muß. Es ist das Charakteristische, daß seitens der Reichspostverwaltung die Auffassung herrscht, daß der Ausdruck „Reform" mit der Tatsache der Verteuerung identisch ist. Die Telephonvorlage wird begründet mit der Notwendigkeit der Vermehrung dieser Verkehrsanlage auf dem platten Lande. Wir wollen keineswegs dem platten Lande diese Verkehrsanlagen entziehen, sondern treten für eine Förderung dieser Bestrebungen ein. Aber diese Verbesserungen müssen getragen werden von der Allgemeinheit und nicht von einzelnen Berufskreisen. Was die Form der Gebühren betrifft, so halte ich beim Festhalten an der Pauschalgebühr für notwendig eine Differenzierung in der Weise, daß die, die das Telephon wenig benutzen, nicht so hohe Gebühren zahlen wie die, die den Apparat fortgesetzt in Anspruch nehmen. Die Forderungen aber, die jetzt von der Regierung gestellt werden, müssen nachdrücklich bekämpft werden. Neben Berlin werden auch die Vororte in fast noch größerem Maße geschädigt. Sie bilden mit uns eine wirtschaftliche Einheit und die Interessen von Handel und Industrie erfordern den Kampf gegen die Regierungsvorlage. Indem wir den Antrag unterstützen, geben wir uns nicht der Illusion hin, daß bei dieser Regierung eine Petition irgend etwas nutzt. Den Versuch dazu zu machen, halte ich aber für durchaus notwendig. Ich möchte auch glauben, daß die Vorlage, wie sie jetzt geplant ist, kaum eine Majorität finden wird. Man wird nach der von mir gekennzeichneten Richtung vielleicht einige Verbesserungen herbeiführen.

Stadtv. Dr. **Friedemann** (soz.-fortschr.): Ich stimme mit dem Vorredner darin überein, daß es wünschenswert wäre, eine gewisse Abstufung im Preise herbeizuführen, aber die Zählung der Einzelgespräche ist verkehrt. Eine Abstufung ließe sich ganz gut auf andere Weise herbeiführen.

Stadtv. **Rosenow** (n. L.): Vor einigen Jahren ist von hoher Stelle das Wort gefallen, wir leben im Zeichen des Verkehrs. Heute scheint es heißen zu sollen:

wir leben im Zeichen der Verkehrtheit!

Kleine Handwerker und Gewerbetreibenden, die zur Förderung ihres Geschäfts einen Fernsprechanschluß hatten, müßten ihn nach Erhöhung der Gebühren abschaffen. Es kann gar nichts Leuftischeres geben als diese Vorlage in Verbindung mit der Erhöhung des Ortsportos.

Die Debatte wird hierauf geschlossen. Der Antrag Bamberg wird einstimmig angenommen.

Die Erkrankungen im Virchow-Krankenhause.

Zur Beratung kommt hierauf folgender Dringlichkeitsantrag der Stadtv. **Cassel** und Genossen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat um Auskunft darüber zu ersuchen, ob im Virchow-Krankenhause wiederum zahlreiche Erkrankungen von Krankenschwestern und Wärterpersonal infolge Genusses von unzuträglichen Speisen entstanden sind, ob die Ursachen dieser Erkrankungen bereits festgestellt sind."

Stadtv. Dr. **Levy** (a. L.) erörtert in der Begründung des Antrages die Mitteilungen der Presse über die Massenvergiftungen im Rudolf Virchow-Krankenhause. Ehe noch ein abschließendes Ergebnis der Untersuchungen über die Massenvergiftungen in demselben Krankenhause vom vorigen Jahre vorliegte, werde schon von neuen Erkrankungen berichtet. Das habe eine gewisse Beunruhigung in der Bevölkerung